

Budower Lokal-Anzeiger

Leitung für die Märkische Schweiz

Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger

ersch. wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Botenpost in Budow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,25 R.-M., einschließl. Postgebühren. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Ströb, Budow, Fernsprecher Nr. 54



Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Ströb, Budow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

offentliches Verbindungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, für die Gemeinden Baldersdorf, Birkersdorf, Borsdorf usw. Mitteilungsblatt des Bundes Deutscher Osten

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 135

Dienstag, den 7. November 1933

38. Jahrgang

Seite 4

Der Wilsonschen 14 Punkte lautet:

- Austausch angemessener Bürgschaften dafür,
- daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste, mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden

Anlagerede Neuraths

Deutschlands Ziel: Aufrichtige Zusammenarbeit

Im Deutschen Club sprach Reichsaussenminister Freiherr von Neurath über die Politik des Völkerbundes und die dabei dar, daß sich die Bedeutung des 12. Novemberweges auf die Stellungnahme zu einem abgegrenzten Aufgabenproblem erschöpft. Im wesentlichen führte Reichsaussenminister Freiherr von Neurath aus:

Der Auftrag der Reichsregierung an das deutsche Volk am 14. Oktober zeigt, daß es die Grundlagen unserer gesamten Außenpolitik sind, die jetzt zur Entscheidung stehen und daß es auf den einmütigen Entschluß von Volk und Regierung ankommt, der Welt einen ganz neuen Ausgangspunkt für die kommende Entwicklung der internationalen Beziehungen zu zeigen. Der Reichsaussenminister hat in seinen großen Reden der letzten Wochen die wahren historischen Lehren angegeben, die, weit zurückreichend, nun schließlich in unserem Fortgang von Genf geführt haben.

Schließlich sei nicht durch den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund die Krise des Völkerbundes zum Ausbruch gekommen, vielmehr habe umgekehrt die Entwicklung des Völkerbundes zu dieser Krise geführt und Deutschland zum Austritt gezwungen.

Man verließ im Jahr 1919, führte der Minister weiter, den Kriegsmüden Völkern einen dauernden und gerechten Frieden der Gerechtigkeit und schuf in Wahrheit einen Zweckverband, dessen vornehmstes Ziel nach Abschluß der wichtigsten Mitglieder die Vereinerung der in Versailles gewonnenen Machtposition und die dauernde Niederhaltung der Besiegten sein sollte. Der Völkerbundspakt ist nicht nur äußerlich zu einem Bestandteil des Versaillesystems gemacht worden. Er hat von Anfang an auch innerlich auf diesem System als seinem eigentlichen Fundament gestanden. So wurde er mit den Grundtendenzen des Versaillesystems behaftet, der die damals den Regierungen gebotene weltgeschichtliche Aufgabe ungelöst gelassen hat, nämlich die Aufgabe, das zerrüttete Europa in vernünftiger und bewährter Aufgabe wieder aufzubauen.

Das Schuldkonto des Völkerbundes

Es ist möglich, daß Siegermächte sich einen Apparat zu offen eingestandenem und brutalem Zweck der dauernden Wiederhaltung des Besiegten schaffen, es ist auch eine Organisation von gleichberechtigten Mächten zur aufrichtigen Verfolgung gemeinsamer Ziele möglich, was aber auf die Dauer unmöglich ist, das ist eine Doppelpartei dieser beiden Dinge.

Es doch schließlich nur in der Weise erfolgen kann, daß die äußerliche Form der Zusammenarbeit zur Grundlage für den eigentlichen machtpolitischen Zweck gemacht und daß die gesamte Organisation der einseitige Vollstrecker des Willens der Siegermächte wird.

Muß ich an die sogenannte Abstimmung in Experten-Konferenzen erinnern, die vom Völkerbund sanktioniert wurde? Muß ich erinnern an die Teilung Ober-Schleslens, durch die der Völkerbund zum Nachteil Deutschlands ein dunkles politisches Geschäft legalisierte? Muß ich erinnern an die Behandlung der Danzig-polnischen Streitfragen und der Saarfragen, an den berüchtigten Plan der Einsetzung von ständigen militärischen Kontrollorganen im Rheinland, an die Tatsache, daß der Völkerbund dem Ruhrstreik des Jahres 1923 stillschweigend zusah?

Trotz aller ersten Bemühungen, trotz aller zähen Arbeit der deutschen Vertreter, ist der Völkerbund im Grunde das geblieben, was er vor dem Eintritt Deutschlands war.

Wir kennen alle das trübe Kapitel des Schutzes der Minderheiten, das seinezeit bei der Diskussion der Frage des deutschen Eintritts mit Recht eine so große Rolle gespielt hat.

Seit dem Bestehen des Völkerbundes sind den Minderheiten rund 7000 Schulen und rund 2700 Kirchen gewonnen, und ihnen rund ein Millionen Hektar Grund und Boden entsiegelt worden. So ist der Völkerbund auch auf diesem Gebiet, das nach dem Wortlaut der Proklamation von 1919 doch wenigstens ein gewisses Korrektiv gegen die territorial-

len Bestimmungen von Versailles hätte sein müssen, letzten Endes nur der Vollstrecker des Willens der Siegermächte geblieben.

Nicht viel besser steht es mit einer anderen Funktion des Völkerbundes, mit der ihm übertragenen Aufsicht über das Mandatensystem, so weit die früheren deutschen Schutzgebiete in Frage kommen. Anstatt zu neuen Formen für eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen Europa und jenen Gebieten zu führen, scheint dieses System sich immer mehr zu dem alten Kolonialsystem zurückzuentwickeln.

Damit droht die schonbar so neuartige Versailles-Regelung der Kolonialfrage sich endgültig als das zu entpuppen, was viele von vornherein darin gesehen haben, als eine verkleinerte Form der Annexion.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, mit welchem Weltbild die Vertragsredaktoren von

Aus Adolf Hitlers großer Rede

Ein Nischenkämpfer ist jetzt wieder organisiert. Frauen und Mädchen bringen wir wieder in die Ehe und damit aus den Betrieben, um Männer an ihre Stelle treten zu lassen. Wir haben die Volkserziehung auf eine neue Grundlage gestellt, für die Volksgesundheit und den Sport einen Kampf von in Deutschland nicht gekanntem Ausmaß eröffnet. Es ist ein Nischenprogramm der Arbeit auf allen Gebieten. Nicht theoretisch haben wir es aufgestellt. Ich kann wohl sagen: Seit acht Monaten kämpfen wir Tag und Nacht für die Verwirklichung dieses Programms. Wenn wir die Arbeitslosigkeit zum ersten Male wieder um über zwei-einviertel Millionen vermindern konnten, so überschätzen wir das auch nicht. Aber unsere Gegner sollen es gekannt nicht unterschätzen. Was haben sie denn fertig gebracht? Unter besseren Verhältnissen haben sie das deutsche Volk in die Arbeitslosigkeit gestürzt.

1919 dafür gesorgt haben, daß auch ein später zum Völkerbund zugelassenes Deutschland der Durchführung der Versailles- Bestimmungen nicht gefährlich werden konnte.

Ist es nicht bezeichnend, daß die Entscheidungen über Saarfragen vom Völkerbundsrat nach ausdrücklicher Bestimmung des Vertrages mit einfacher Mehrheit getroffen werden können, daß Deutschland auch als Ratsmacht nicht imstande wäre, eine für uns unannehmbare Lösung durch sein Veto zu verhindern? Bei den Bestimmungen über Österreich hat man dagegen wohlweislich davon abgesehen, eine solche Ausnahme vom Prinzip der Einstimmigkeit zuzulassen, da das ja unter Umständen für die Vereinerung der Versailles-Regelung hätte gefährlich werden können. Was nützt es, in Worten und Reden auf die Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbund hinzuweisen, wenn schon die Vertragsgrundlagen der Institution in so wichtigen Fragen mit der wirklichen Ausübung der Gleichberechtigung in flagrantem Widerspruch steht?

In seinen weiteren Darlegungen schilderte Reichsaussenminister Freiherr von Neurath alsdann, daß die Arbeit des Völkerbundes aber auch auf den Gebieten, wo er nicht durch konkrete Vertragsbestimmungen gebunden gewesen sei, unfruchtbar geblieben ist. Bestimmend für alle Beschlüsse seien die Grundtendenzen des Genfer Protokolls von 1924 geblieben.

Als Leitsatz stand dabei stets obenan, daß die Verträge von 1919 unter allen Umständen sakrosankt bleiben und in ihrem Bestande vor jeder friedlichen Evolution gesichert werden müßten.

Nichts ist lehrreicher, als wenn man die langen, viel verschlungenen Wege von Genf zum Beispiel mit dem Kellogg-Pakt vergleicht, der in seiner einfachen klaren Gedankenförmigkeit ein eindrucksvolles und wirksames Friedensinstrument darstellt.

Es war nichts Neues, daß der Völkerbundsmechanismus in den Abrüstungsverhandlungen stets dem machtpolitischen Druck nachzugeben und ihn in der Richtung weiterzuleiten suchte, wo man den geringsten Widerstand zu finden glaubte, in der Richtung auf Deutschland.

Die Politik der uns gegenüberstehenden Großmächte ist es also, die mit jeder Erörterung der Völkerbundsfragen zur Diskussion gestellt wird. Aber auch dieser Politik der Großmächte tritt die Reichsregierung durch ihren Entschluß zum Austritt aus Abrüstungskonferenz und Völkerbund nicht mit einer bloß negativen Kritik entgegen.

Fruchtbarer Friedenspolitik

Das Ziel, das sie mit ihrem Entschluß verfolgt, ist nicht, der Friedenspolitik den Rücken zu kehren, sondern im Ge-

genheit, einer wahren und fruchtbaren Friedenspolitik einen neuen Impuls zu geben. Sie hofft, mit ihrem Schritt, wenn nicht dem Genfer Völkerbund, so doch dem wahren Völkerbundsgedanken einen Dienst zu erweisen, sie appelliert von dem bestehenden Völkerbund an einen besseren Völkerbund. Die Erfahrung hat bewiesen, daß das Genfer Völkerbundsverfahren kein geeignetes Mittel ist, die aus Versailles herührenden politischen Spannungen zwischen den europäischen Mächten zu beseitigen. Diese Erfahrung zwingt dazu und muß dazu führen, daß jetzt andere Methoden angewandt werden, an denen es — bei gutem Willen der beteiligten Regierungen — nicht fehlt. Erst wenn es gelungen ist, das Feld der europäischen Politik zu bereinigen, daß sich die führenden Mächte wirklich auf prinzipiell gleichem Fuß gegenüberstellen, kann mit Aussicht auf Erfolg der Versuch vorübergenommen werden, im Rahmen einer weltumfassenden Organisation an die gemeinsamen Aufgaben der Völker heranzugehen.

Das ist der Sinn des Aufrufes, zu dem sich das deutsche Volk durch die Abstimmungen des nächsten Sonntags bekennen soll. Auf's neue und schärfste weisen wir die böswillige Verdächtigung zurück, daß es sich für Deutschland um nichts anderes handelt, als darum, so und soviel Kanonen, Flugzeuge und Tanks zu bekommen. Was wir wollen ist etwas ganz anderes. Wir wollen, daß der Zustand aufhört, den man nur als eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln bezeichnen kann, daß die Unterscheidung von Völkern zweierlei Rechts beseitigt wird und daß sich die Regierungen jetzt wirklich zu einer Zusammenarbeit entschließen, an der alle Länder aufrichtig teilnehmen können, weil dabei nicht einseitige sondern gemeinsame Ziele verfolgt werden. Es ist ein ehrliches und vertrauensvolles Angebot, das wir den anderen Mächten mit der Aufforderung machen, an die Probleme mit einer anderen Grundausfassung als der bisher herrschenden heranzugehen. Nehmen die anderen Regierungen unsere Aufforderung an, dann wird die Regelung der schwebenden Einzelfragen keine erheblichen Schwierigkeiten mehr verursachen, dann wird es zu einer Gestaltung der internationalen Beziehungen kommen, die keineswegs nur den deutschen Interessen, sondern den Interessen ganz Europas förderlich ist.

Es ist ein ernster Wendepunkt. Mögen die fremden Regierungen im Bewußtsein ihrer Verantwortung in die Hand einschlagen, die wir ihnen zur Verständigung entgegenstellen. Unser Volk aber muß am kommenden Sonntag der Welt zeigen, daß unser neuer Appell an das Weltgewissen von dem festen Willen aller guten Deutschen getragen wird.

Nur eine Partei . . .

Den Höhepunkt des Wahlkampfes für die Entscheidung am 12. November bildeten wohl die Kundgebungen des letzten Sonntags mit ihren Riesenaufmärschen von nie gekanntem Ausmaß. In Nord und Süd, in Ost und West unseres Vaterlandes zeugten Hunderttausende für die Einheit ihres Willens, bekundeten alle Schichten im Lande ihr begeistertes Einverständnis mit den Maßnahmen der Reichsregierung, jubelten die Volksgenossen in nie gekannter Geschlossenheit den Ausführungen aller prominenten Vertreter des neuen Staates zu, die in der Forderung des Führers gipfelten: Nur ein Frieden des gleichen Rechts, der unbeschränkten Freiheit und der unantastbaren Ehre für die deutsche Nation. Welch ein Gegensatz zu den Wahlkämpfen erst unlängst, aber wohl für immer vergangener Zeiten! Wo früher 38 Parteien, Parteien, Gruppen und Gruppchen um die Seele des durch den auf ihn niederprasselnden Rebeschwall der zahllosen Agitatoren und der Papierflut ungeahnter Mengen von Flugblättern — sie alle verkündeten ihm das Heil — verwirrt den Wähler stritten, ist jetzt nur eine einzige Bewegung vorhanden. Wo in größten Gegensätzen das Heil versprochen, von denen aber lediglich Unheil, Unfrieden und Elend kam, herrscht jetzt nur die eine glückverheißende, von Adolf Hitler und seinen Getreuen verkündete Idee, an Stelle eines ungeheuren Phrasendrucks hören wir eine zielklare, feste, männliche Sprache, die uns verspricht, was zu halten sie auch in der Lage ist. Die Zeiten, da die Parteiführer in ewiger Kompromisselei bei endlosen Reden — ihren eigenen Vorteil während — den Staat langsam, aber sicher dem Ende zuführten, da jahrelanges Parlamentieren ohne positive Erfolge, ohne Nutzen für die Allgemeinheit, ja, häufig ohne sonderlichen Zweck bei riesigen Unkosten blieb, sind endgültig vorbei. Wer gegen das korrupte System des Parteienkaales ankämpft, der so unermesslichen Schaden über das Vaterland gebracht hat, wer für den neuen, den sauberen, den wahren Einheitsstaat eintritt, weiß, was er am 12. November zu tun hat!

Erkenne und bezeuge!

Adolf Hitler in Kiel.

Kiel, 7. November.

Nach einem schwierigen Flug durch Wolken und Nebel landete, von Martenbourg kommend, das Flugzeug D 2600 im Flughafen Travemünde mit dem Führer an Bord. Wegen des dichten Nebels konnte der Kieler Flughafen nicht angefliegen werden. Der Führer und sein Stab ließen die Fahrt im Kraftwagen nach Kiel fort. Überall